

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie alle zur 9. Konferenz der Schwerbehindertenvertretungen großer Städte in den neuen Bundesländern in Cottbus begrüßen zu dürfen. Wie Sie aus der Tagesordnung entnehmen können darf ich 30 Minuten zu Ihnen zum Thema Behindertenpolitik in der Stadt Cottbus und im Land Brandenburg sprechen.

Ich verspreche Ihnen, dass ich ernsthaft versuche, nicht in belanglose politische Rhetorik zu verfallen. Unter diesem Aspekt, sehe ich bei dem mir angetragenen Thema auch nicht die offizielle Politik in Stadt und Land zum Thema Menschen mit Behinderung, sondern gebe ihnen meine ganz persönlichen Eindrücke zum Thema wieder. Ich gebe Ihnen hier meine Eindrücke und meine Erfahrungen wieder und die sind ganz sicher nicht allumfassend.

Politik für Menschen mit Behinderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Lebensbereiche und Lebensphasen trifft.

Politik für Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsaufgabe, die in alle Bereiche, in jedes Ressort, hineinreicht. Deshalb ist sie schwer zuordbar. Das hat zur Folge, dass niemand sich so recht zuständig fühlt und diese Problematik vergessen wird. Im richtigen Leben aber wirkt sich dieses vergessen werden verheerend aus. Sie alle wissen hier um die UN – Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Sie wissen natürlich, dass diese Konvention 2006 von der UN verabschiedet wurde und auch später – März 2009- in Deutschland in Kraft trat. An dieser Konvention lässt sich der Wandel des Verständnisses von einem einem Leben mit Behinderung ablesen: Behinderung soll nicht mehr als Defizit angesehen, sondern als Element der menschlichen Vielfalt gelten. Unser Grundgesetz bestimmt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Es gibt diverse weitere gesetzliche Grundlagen bzw. Erklärungen die die Grundlage schaffen sollen, das Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben sollen.

In Brandenburg gibt es zum Beispiel das brandenburgische Behindertengleichstellungsgesetz. In Artikel 12 Absatz 4 der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es: „Das Land, die Gemeinden und Gemeindenverbände sind verpflichtet für die Gleichberechtigung der Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung zu sorgen.“

Das Schlagwort heute heißt Inklusion. Inklusion ersetzt als Ziel und Methode zunehmend Integration. Statt Menschen einer Gesellschaft zuzuführen, der sie vermeintlich nicht angehören, bedeutet Inklusion, eine von Geburt an bestehende oder erwachsene Zugehörigkeit aufrecht zu erhalten. Wie ich bereits einmal darstellte, rückt an Stelle von Defizitorientierung die Förderung von Fähigkeiten. Menschen mit Behinderung sollen also von den Menschenrechten Gebrauch machen können, und zwar gleichberechtigt mit anderen, das heißt in gleichen Maße wie nicht behinderte Menschen. Dies ist ausdrücklich erklärtes Ziel der UN – Konvention. Inklusion das muss völlig klar sein, geht nur mit den Betroffenen und ihren Familienangehörigen. Inklusion bedeutet nicht, dass wir ein behindertes Kind einfach in eine Schule geben und dann mal sehen - und die bisherige Förderschule schließen. Diese Ängste, so unbegründet sie sind, gibt es heute. Hier müssen wir zuerst ansetzen. Inklusion heißt auch diese Ängste wahrzunehmen, darauf sensibel zu reagieren. Sicherheit zu geben.

Wie erlebe ich das von mir bereits benannte Ziel in Cottbus und Brandenburg an sich praktisch? Um dies auszuführen, müssen Sie ein paar persönliche Dinge von mir wissen.

Ich selbst bin Vater eines inzwischen 21 jährigen schwerstmehrfachbehinderten Jungen. Meine Frau und ich haben noch zwei nicht behinderte Kinder. Ich lernte meine Frau 1995 hier in Cottbus kennen. Zu der Zeit war ich Bundespolizist, ich bin es immer noch , auf Grund meines

Landtagsmandates jedoch zur Zeit außer Dienst. Damals war der Junge also 6 Jahre alt. Ich war vorher ein durchaus selbstbezogener, sich für Politik nicht interessierender, junger Mann. Im Laufe der ersten Jahre stürzten natürlich die ganzen Probleme auf mich ein. Wir wurden damals in einem Maße von Behörden behandelt, wie es menschenunwürdiger nicht ging. Wir mussten um alles betteln, kämpfen, unzählige Anträge schreiben und uns immer wieder demütigen lassen. Dies über Jahre hinweg, nur weil wir unserem Großen ein menschenwürdiges Leben bereiten wollten. 2002 hatte ich dann die Nase so voll, dass ich selbst verändern wollte. Ich ließ mich für die Kommunalwahlen aufstellen und wurde auch gewählt. Diesen Weg des gestalten Wollens, für eben diese Betroffenen – und da meine ich auch die engen Familienangehörigen, die vergessen wir ja immer leicht - zog sich hin bis September 2009, als ich in Cottbus anlässlich der Landtagswahl direkt gewählt wurde. Heute bin ich neben anderen Funktionen der Sprecher für Menschen mit Behinderungen meiner Fraktion und versuche, für diese und die Familienangehörigen da zu sein. Da zu sein bedeutet hier nicht immer die große Klaviatur zu spielen, da zu sein bedeutet zuzuhören, Ängste aufzunehmen - sie vielleicht abzubauen, Ratschläge zu empfangen - zu geben - letztendlich tatsächlich für Inklusion Interesse zu wecken .

Ich persönlich halte den gegenwärtig diskutierten Weg der Inklusion, also der vollen gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Handicap am alltäglichen Leben, für längst überfällig und alternativ los.

Ich will hier nicht lamentieren, wie schwer es Menschen mit Handicap und ihre Angehörigen im Alltag haben.

Das alles wissen sie selbst genug.

Und trotzdem erwähne ich dieses, weil ich auch weiß, wie viele Betroffene auf Grund dieser täglichen Erschwernisse nicht mehr kämpfen können.

Sie können nicht mehr, sie versuchen bestmöglich durch zu kommen. Und dies kann man ihnen niemals vorwerfen. Man muss dies jedoch ändern.

Behindert zu sein, ein Handicap zu haben, ist eines von vielen Merkmalen einer Individualität. Gegen das behindert werden haben die Betroffenen gelernt sich zu wehren. Sie haben gelernt, dass Barrieren nicht Gott gegeben sein müssen. Die Betroffenen haben gelernt Barrieren, seien es bauliche, kommunikative oder administrative zu bewältigen. Dies macht sie nicht zu besseren Menschen, wohl aber zu Menschen mit ein wenig mehr Erfahrung.

Diese Beseitigung von Barrieren umfasst jedoch nicht nur die Betroffenen, sondern sie nützt auch diejenigen, die sich als gar nicht betroffen betrachten.

So mag mein Sohn nicht sprechen können, nicht allein essen können, er ist auf einen Rollstuhl angewiesen.

Aber trotzdem oder gerade wegen seinem Handicap gibt es mir und unserer Familie, meinen Kindern so unendlich viel. Er ist sozial empathisch und kann sich mir mitteilen. Er ist wie jeder andere Mensch auch. Und ich liebe ihn so sehr.

Heute geht es um Taten. Um gesellschaftliches Tun.

Gerede allein bringt uns nicht weiter. Alle wollen mitreden. Wir müssen bei der Umsetzung handeln. Und um es deutlich zu sagen.

Inklusion umfasst alle Bereiche. Ich betone alle Bereiche. Egal ob in Ministerien, in Kommunen oder in anderen Bereichen. Alle sind betroffen. Inklusion kostet auch Geld. Das muss klar sein. Inklusion kann nicht angewiesen werden. Inklusion muss gelebt werden. Inklusion braucht ein Miteinander aller.

Noch einmal - Im Wesentlichen geht es darum, dass Menschen mit Handicap und ihren Angehörigen jederzeit die volle Teilhabe am Gemeinschaftsleben ermöglicht wird. Dies ist keine Bitte oder Almosen, dies ist geltendes Recht. Es ist ein universelles Menschenrecht.

Dies umzusetzen bedarf unser aller Anstrengung.

Der Dichter Rolf Niermann hat einmal geschrieben: „Das Anderssein der anderen als Bereicherung des eigenen Seins zu begreifen; sich verstehen, sich verständigen, miteinander vertraut werden, darin liegt die Zukunft der Menschheit.“

Genau das beschreibt Inklusion.

In Brandenburg werden derzeit Regionalkonferenzen durchgeführt zum Thema Umsetzung der UN

–

Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Brandenburg .

Wesentliches Ziel der Regionalkonferenzen ist die aktive und unmittelbare Mitwirkung der Betroffenen und ihrer Angehörigen am Prozess der Umsetzung der UN- Konvention im Land Brandenburg.

Weiterhin sollen die Eckpunkte der Landesregierung zur Neugestaltung des brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes vorgestellt werden.

Dies halte ich für den richtigen Weg. Es muss mit den Betroffenen gesprochen werden, nicht über sie.

Wir alle haben die Pflicht den Weg plausibel zu machen. Der Weg wird lang sein, schwer und manches Hindernis muss beseitigt werden.

In einer Initiative der hier regierenden Parteien der Linken und der SPD hat der Landtag Brandenburg am 25. Februar 2010 die Landesregierung aufgefordert, bis zum 30. Juni 2011 eine Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes vorzulegen, mit der unter anderem in der Formulierung zur Zielstellung der Politik für Menschen mit Behinderung ein direkter Bezug zur UN – Konvention aufgenommen wird und ein Maßnahmenpaket Menschen mit Behinderung zu erarbeiten und zu beschließen, das ebenfalls die Zielsetzung der UN Konvention aufgreift. Erst letzte Woche hat der Landtag einen Antrag der Koalition beschlossen, der das Thema barrierefreie Arztpraxen, therapeutische Praxen und physiotherapeutische Praxen beinhaltet.

Ich persönlich habe inzwischen viele Verbandsvertreter kennengelernt, die natürlich die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Hier werden Wünsche und Anregungen ausgetragen. Ich bin sehr glücklich darüber, dass sich inzwischen auch viele Betroffene und betroffene Eltern an mich wenden und mir damit helfen. So war ich letzte Woche bei Eltern von schwerstbehinderten Kindern in Oranienburg , die mir ihre Sicht der Dinge ungeschminkt schildern. Sie haben die gleichen Erfahrungen wie ich. Ständige Anträge, ewiger Bittsteller, immer wieder fordern müssen, um ihren Kind die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Und das zeigt genau die Crux auf. Man kann ja viel schreiben, reden und wollen. Es muss dann jedoch auch umgesetzt werden. Und wenn mir die Eltern aus Oranienburg sagen, dass sie derzeit von Inklusion gar nichts halten, weil eben heute ihre Kinder nicht gleichberechtigt teilhaben können am alltäglichen Leben, wenn mir diese Eltern schildern, dass sie Angst davor haben, dass ihre Kinder in inklusiven Schulen einfach hinten runter fallen, dann sind diese Ängste auch nach meinen eigenen Erleben ernst zu nehmen - und dies ist mein Auftrag - unser aller Auftrag. Nicht nur darüber reden, sondern tatsächlich handeln. Dies in Haushaltslagen die in Brandenburg und auch in Cottbus sehr, sehr schwierig sind. Noch einmal – Inklusion ist nicht billig.

Persönlich bin ich der Meinung geht es im Land vorwärts. Die Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeirat gestaltet sich jedoch meiner persönlichen Erfahrung nach schwierig. So ist es diesem Beirat wohl nicht möglich, obwohl ich darum gebeten habe, mir eine Teilnahme an seinen Sitzungen als Zuhörer zu ermöglichen. Warum das so ist, erschließt sich mir nicht in Gänze. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung ist meiner Meinung nach sehr gut. Wir tauschen uns aus , im Interesse der Betroffenen. Aber sie werden ihn ja morgen selber kennenlernen.

Cottbus hat es mir als Vater einer schwerstmehrfachbehinderten Jungen schwer gemacht. Es tut dieses noch heute. 1996 flüchteten wir direkt in den Landkreis Spree- Neiße, um nichts mehr mit dem Sozialamt in Cottbus und der Schule in die unser Junge ging zu tun zu haben. Unsere Erfahrungen waren einfach zu grotesk und schlecht . Mit der Zwangseingemeindung von Groß Gaglow, einem Vorort von Cottbus, gehörten wir ab 2003 wieder zu Cottbus.

Auch in Cottbus gibt es zahlreiche Papiere und Erklärungen die sich mit den Belangen für Menschen mit Behinderung auseinandersetzen. Dies ist auch wichtig, den in Cottbus leben 12.391 Menschen mit einem Behinderungsgrad

ab 50 % . Wir reden hier also nicht von einer kleinen Anzahl von Menschen in Cottbus.

Um so wichtiger ist die Verabschiedung der Vorlage OB – 003/ 09

Fortschreibung der Konzeption „Verwirklichung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen in der Stadt Cottbus – Gestaltung einer zunehmend barrierefreien Stadt“ .

Der Weg zu dieser Fortschreibung war sehr, sehr lang. In Cottbus gibt es eine Beauftragte für die Belange für die Menschen mit Behinderung und einen Behindertenbeirat. Als Vorsitzender des Sozialausschusses in Cottbus läge es in der Natur der Sache mit diesen beiden Gremien eng zusammenzuarbeiten. Dies ist aber nicht der Fall. Die Zusammenarbeit ist meinem Erleben nach eher sporadisch.

Der Behindertenbeirat mit seinen ehrenamtlichen Mitgliedern arbeitet im Rahmen seiner Möglichkeiten engagiert für die Menschen mit Behinderungen in Cottbus mit. Er erfährt breite Unterstützung seitens der Politik. Dies zeigt sich unter anderem auch daran, dass er in Bälde in die Hauptsatzung der Stadt Cottbus mit aufgenommen wird. Das Politik für Menschen mit Behinderung in Cottbus stattfindet, bemerkt man vor allem am 5. Mai, dem Protesttag für Menschen mit Behinderung. Hier werden Veranstaltungen organisiert und ein Fest gefeiert. Ansonsten findet die eigentliche Arbeit eher im verborgenen statt. Im letzten Jahr beantragte meine Fraktion die Durchführung einer Aktuellen Stunde in der Stadtverordnetenversammlung. Diese Aktuelle Stunde, dies wurde mir von vielen Betroffenen so dargestellt, war ein voller Erfolg. Im Juni 2008 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung Cottbus eine Erklärung zu 10 Handlungsfelder für eine lebenswerte, tolerante und weltoffene Stadt Cottbus. Im Handlungsfeld 9 – Chancengleichheit sichern - ist unter anderem auch die Rede davon, die Existenzgrundlage von Menschen mit Handicap zu verbessern. Nun kann man zu diesem Satz stehen wie man will, ich bin mir sicher, heute würde er anders geschrieben, aber ich weiß mit Bestimmtheit, dass alle Stadtverordneten der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus Interessenvertreter für die Angelegenheiten der Menschen mit Behinderung sind.

In Cottbus kenne ich inzwischen viele Organisationen, viele Betroffene, viele Angehörige die sich engagiert für die Betroffenen und für ihre Angehörigen einsetzen. Viele davon arbeiten ehrenamtlich. Diese Menschen sind nicht mehr wegzudenken. Sie sind so wertvoll.

Sie kämpfen tagtäglich für den Grundsatz, dass nicht der Mensch mit Behinderung sich der Umwelt anpassen muss, sondern umgekehrt. Und sie leben das auch - das ist ja wichtig.

In Cottbus ist der Sinnspruch „Die Barriere in den Köpfen muss weg“ im Zusammenhang mit dem Umgang mit Menschen mit Behinderung aktuell und gern gebraucht. Ich persönlich kann mich mit diesem Spruch nicht so Recht anfreunden. Er vereinfacht eine komplexe Materie zu sehr. Sehr häufig sind keine Barrieren in den Köpfen vorhanden, sondern es ist viel Unwissenheit, viel Unsicherheit dabei, wenn man nicht mit Menschen mit Behinderung täglich zu tun hat. Und wenn ich meine Erfahrungen hier in Cottbus betrachte, dann weiß ich, dass dieser Spruch der Weisheit letzter Schluss sicher nicht ist.

Es gibt hier in Cottbus wirklich gute Beispiele für Inklusion. So gibt es eine Grundschule in der hörbehinderte Kinder und nicht hörbehinderte Kinder gemeinsam lernen. Dazu wurde eine Förderschule für die hörbehinderten Kinder aufgelöst. Ich war vorher sehr, sehr skeptisch und

kritisch. Heute sehe ich, dass es in der Schule sehr gut funktioniert. Das liegt natürlich an der Umgebung, an den sachlichen Gegebenheiten, an den Lehrern, an den Eltern. So muss es überall sein.

Es gibt auch weniger Gutes zu berichten. Als Kindergartenkind ging mein großer Sohn in einen wunderschönen Integrationskindergarten. Dort waren auch schwerstbehinderte Kinder mit nicht behinderten Kindern zusammen. Das funktionierte sehr gut. Die nicht behinderten Kinder waren zu ihren Spielkameraden so liebevoll und verständnisvoll, banden sie selbstverständlich ein, nahmen an ihrem Leben teil und ließen an ihrem Leben teil haben. Behinderung ist nie ein Problem von Kindern. Leider gab die Stadt diesen Kindergarten, wie übrigens alle Kindergärten, aus seiner Trägerschaft. Heute in privater Trägerschaft ist der Kindergarten immer noch ein Integrationskindergarten, aber er verliert immer mehr diesen Charakter. Das ist schade.

Eines sollten wir uns immer bewusst machen: Niemand ist vor Turbulenzen im Leben gefeit. Von den rund 6,7 Mio. behinderten Menschen in Deutschland sind weniger als 5 Prozent seit ihrer Geburt behindert. Behinderung kann jeden von uns oder unseren Familienangehörigen und Kinder treffen. Es gibt keinen sicheren 100% Schutz.

Was es aber geben kann, das ist ein sicherer Platz an Bord einer Gemeinschaft, die Verantwortung zeigt. **Eine Gesellschaft, die denen, die Hilfe brauchen, nicht die Hilfe gibt, die sie geben kann, die befindet sich im ethischen Sinkflug.**

Hier in Brandenburg, hier in Cottbus, ja in ganz Deutschland weiß man, dass die Thematik der Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung am alltäglichen Leben nur mit Überzeugungsarbeit, Beharrlichkeit, Mut und Durchhaltevermögen von allen Beteiligten realisiert werden kann. Und das man einfach wollen und es tun muss, entgegen häufig vorgebrachter Skepsis, gegen Widerstände, gegen geht – nicht – Ausreden oder „Ist bei uns nicht möglich“.

Dies bringt mich zu einem besonderen Kapitel meiner Erfahrungen hier in Brandenburg. Die Zusammenarbeit mit den Medien. Vor fünf Jahren sagte mir einmal ein Journalist der hiesigen Regionalzeitung, „Na ja – über Themen behinderter Menschen berichten wir zwischen Weihnachten und Neujahr“. Der Journalist hat dies ohne bösen Hintergrund oder aus Gleichgültigkeit gesagt. Es war meinem Erleben nach, seine persönliche Wahrnehmung. Es ist jedoch eine Binsenweisheit: Wer nicht im Hörfunk, in der Zeitung oder im Fernsehen erscheint, hat nie stattgefunden. Unsere Gesellschaft ist eine Mediengesellschaft. Keiner kann sich dem Einfluss der Medien völlig entziehen. Was wir denken, wie wir handeln, wird zu einem Großteil von den Massenmedien bestimmt.

Dies gilt natürlich auch für Informationen über Menschen mit Behinderung. Theoretisch könnte sich zwar jeder durch persönliche Wahrnehmung ein eigenes Urteil bilden, doch in der Praxis verhindern Berührungängste und andere Umstände zumeist eine solche Überprüfung. Ungeachtet der erheblichen Anstrengungen in den vergangenen Jahren, die Kluft zwischen den beiden Gesellschaftsgruppen einzuebrennen, ist ein persönlicher Kontakt untereinander noch weitgehend die Ausnahme.

Hier also müssen die Medien genutzt werden. Dies ist umständlich und manchmal sehr, sehr frustrierend. Aber ich selbst weiß, dass es unbedingt lohnt. Hier muss auch ein Umdenken einsetzen. Auch mit Hilfe der Medien sind die Ziele der Inklusion einer breiten Bevölkerungsschicht darzustellen.

Manchmal hilft uns da die Natur weiter, und sei es nur sinnbildlich: Die Hummel wiegt 4,8 Gramm. Sie hat eine Flügelfläche von 1,45 Quadratzentimeter bei einem Flächenwinkel von 6 Grad. Nach den Gesetzen der Aerodynamik kann die Hummel nicht fliegen. Aber die Hummel weiß das nicht !

Und wir alle wissen das sie fliegt !

Und genau so müssen wir die ausgetretenen Wege verlassen. Auch in Brandenburg, auch in Cottbus. In allen Bereichen.

Ich wünsche Ihnen einen sehr angenehmen Aufenthalt in Cottbus . Ich wünsche Ihnen , dass Sie weiter beharrlich und mutig bleiben. Ich wünsche Ihnen persönlich Gesundheit und persönliches Glück.